BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: **0 25 73-9 79 14 50,** Fax: **0 25 73-9 79 14 51,**
E-Mail: **brh-aktuell@gmx.de** **,** Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 04/2014 15.02.2014

01 Einkommensrunde 2014

02 Regionalfenster schafft zuverlässige Kennzeichnung

03 Rente in Europa: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

04 Informationsblatt zu Flüssigkeiten im Handgepäck auf Flugreisen

05 Neue Broschüre: Energiesparen im Haushalt

06 Warnung vor falschen Rechtsanwälten und Inkassobüros

07 Leserbrief

08 Eine Lesermeinung zu Diätenforderungen

09 Mitmachen – Nicht meckern!

01 Einkommensrunde 2014

DBB Tarifunion und Verdi haben am 11.02.2014 ihre Forderungen für die am 13. März beginnenden Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst vorgestellt.
Für die **Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen** forderten die Gewerkschaften eine Entgelterhöhung von **100 Euro für alle Beschäftigten** (sogenannter "Sockel") sowie **eine weitere Erhöhung um 3,5 Prozent**. Hinzu kommen weitere Forderungen u.a. zum **Urlaub** und zu den **Auszubildenden**. Das Volumen der Gewerkschaftsforderungen beträgt insgesamt rund 7 Prozent. Das ist weniger als das, was sich die Bundestagsabgeordneten jetzt nehmen wollen.
Trotzdem erklärte der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière hierzu: "Natürlich wird am Ende eine Lohnerhöhung auch für den Öffentlichen Dienst stehen. Aber was die Gewerkschaften jetzt fordern, ist maßlos überzogen. Es bedeute eine Forderung von rund sieben Prozent, das ist sogar mehr als die Gewerkschaften im privaten Bereich fordern, und das nur für ein Jahr. Für den Bund und die Kommunen würde das Milliarden Kosten bedeuten. Unsere Haushalte sind noch mit hohen Schulden belastet, das gilt ins-

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages, ganz oder auszugsweise, sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

besondere für die Kommunen. Niemand kann sich einen solchen Abschluss leisten. Ich rechne leider mit sehr schwierigen Verhandlungen."
Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt und der Stellvertretende Bundesvorsitzende Hans-Ulrich Benra sind mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Wolfgang Bosbach zu Gesprächen zusammengetroffen deren Gegenstand u.a. die angemessene Beteiligung der Besoldungs- und Versorgungsempfänger des Bundes an der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen in diesem Jahr waren. „Wir erwarten die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses in die Besoldung und Versorgung“, erklärte Dauderstädt.
Mehr zum Thema: http://www.dbb.de/themen/einkommensrunde-2014.html

02 Regionalfenster schafft zuverlässige Kennzeichnung

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher legen darauf Wert, beim Lebensmittel-Einkauf die Landwirtschaft in ihrer Region zu unterstützen und regionale Arbeitsplätze zu sichern. Für viele Käufer spielen auch kurze Transportwege und damit mehr Klimaschutz eine Rolle bei der Kaufentscheidung. Regionalität ist das wichtigste Merkmal beim Lebensmitteleinkauf.

Seit Anfang Januar 2014 sind die ersten Produkte mit dem **„Regionalfenster“** im Handel. Im Laufe des Jahres werden zahlreiche weitere Produkte folgen, sobald sie nach dem hohen Anspruch des Regionalfensters geprüft wurden. Mit dem Start der neuen Ernte können weitere Produkte zertifiziert und mit dem Regionalfenster vermarktet werden.
Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) tritt dafür ein, dass Verbraucher beim Einkauf regionale Produkte besser erkennen können. Das "Regionalfenster" schafft eine klare, zuverlässige und transparente Kennzeichnung regionaler Produkte: Mit einem Blick auf die Verpackung soll der Verbraucher erkennen können, was an dem Produkt "regional" ist. Das blaue Fenster versichert dem Verbraucher, dass er ein regionales Produkt kauft, das dieses Etikett auch verdient. Mehr zum Thema unter: http://www.bmel.de/DE/Ernaehrung/Wert-Lebensmittel/RegionaleVielfalt/_Texte/RegionaleVielfalt.html

03 Rente in Europa: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Wie lebt es sich als Rentner in den Niederlanden? Was bedeutet Ruhestand in Schweden? Bei allen nationalstaatlichen Unterschieden: Für die staatliche Rente haben sich in Europa überwiegend zwei Modelle herausgebildet.
Das Bismarck-Modell: Das erste heißt Bismarck-Modell und findet sich zum Beispiel in **Deutschland**, **Österreich**, **Frankreich**, **Belgien** und **Luxemburg**. Es funktioniert wie eine Versicherung und ist offen für **sozialversicherungspflichtige** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. **Einkommensabhängige Beiträge** sorgen für die Finanzierung des Systems. Sie ergeben **Leistungen, deren Höhe von den Einzahlungen abhängig** ist. Das Bismarck-Modell zielt darauf, den **bisherigen Lebensstandard halten** zu können.
Das Beveridge-Modell: Das Beveridge-Modell sichert vor allem die Existenz von Ruheständlern. Es geht darum, dass **die Bürgerinnen und Bürger ihren Bedarf im Alter decken können**. Die **Leistungen sind nicht beitragsabhängig**. Sie werden als einheit-

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages, ganz oder auszugsweise, sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

liche Pauschale erbracht. **Finanziert wird das System aus dem allgemeinen Steueraufkommen**. So wird sichergestellt, dass **alle beteiligt** werden. Dabei gibt es den Grundsatz: gleiche Rechte und Pflichten für alle. Das Beveridge-System gibt es in **Großbritannien**, **Irland**, **Dänemark**, **Finnland** und in den **Niederlanden**.
Egal, ob Bismarck oder Beveridge: Die europäischen Rentenkassen stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Denn der demografische Wandel macht an keiner innereuropäischen Grenze halt. Die schrittweise Anhebung der Altersgrenze für den Renteneintritt z.B. vom 65 auf 67 und höher, die schon in vielen europäischen Ländern festgeschrieben ist, hat ihren Grund in der Demografie. Und kaum ein Jugendlicher fängt noch mit 14 Jahren an zu arbeiten.
In ganz Europa gewinnt die private und betriebliche Vorsorge immer mehr an Bedeutung. Denn die staatliche Versorgung allein reicht heute nicht mehr aus. Eine Zusatzversorgung ist wichtig. Vor allem, damit Rentnerinnen und Rentner im Alter ihren Lebensstandard halten können.
Den vollständigen Artikel können Sie unter dem folgenden Link aufrufen:
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2013/12/2013-12-20-rente-europa.html

04 Informationsblatt zu Flüssigkeiten im Handgepäck auf Flugreisen

Mit Wirkung vom 31. Januar 2014 hat die Europäische Union ihre Rechtsvorschriften für die Mitnahme von bestimmten Flüssigkeiten im Handgepäck auf Flugreisen geändert. Ein Flyer des Bundesministeriums des Innern dient der besseren Übersicht, welche Flüssigkeiten auf dem Flug im Handgepäck mitgeführt werden können.
Den Flyer finden Sie hier zum Herunterladen:
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2014/Flyer-Sicherheitskontrolle-Fl%C3%BCssigkeiten.html

05 Neue Broschüre: Energiesparen im Haushalt

250 Euro kann ein durchschnittlicher Zwei-Personenhaushalt sparen, wenn sparsamer mit Energie umgegangen wird. Wie das gelingen kann, zeigt die Broschüre "Energiesparen im Haushalt" des Umweltbundesamtes. Sie hilft beim Aufspüren von "Stromfressern" im Haushalt und bietet Orientierung beim Neukauf sparsamer Elektrogeräte.
Eine Zeit lang sah es so aus, als wenn beispielsweise der Strom immer billiger werden würde. Auch Heizenergie war zu günstigen Konditionen zu erhalten. Das ist aber nun endgültig vorbei. Treibstoffpreise, Heizölpreise, Strompreise, Gaspreise - alles steigt und wir sind noch längst nicht am Ende der Preisentwicklung angelangt.
Die Broschüre kann über folgenden Link gelesen oder bestellt werden:
http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/energiesparen-im-haushalt
***Keinen Internetanschluss?* Kein Problem!** Schreiben Sie eine Postkarte an BRH-aktuell (Anschrift auf Seite 4 unten) – wir bestellen die Broschüre für Sie.

06 Warnung vor falschen Rechtsanwälten und Inkassobüros

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz warnt vor Zahlungsaufforderungen falscher Anwaltskanzleien und Inkassounternehmen und rät, diese Schreiben kritisch zu prüfen und sich in amtlichen Verzeichnissen darüber zu informieren, ob die Absender glaubwürdig sind. Unberechtigten Forderungen sollte per Fax oder Brief widersprochen werden. Wenn keine Leistung in Anspruch genommen wurde, sollte auch nicht gezahlt werden. Einen Musterbrief erhalten Betroffene in den örtlichen Beratungsstellen und Stützpunkten der Verbraucherzentrale sowie im Internet unter www.vz-rlp.de/musterbrief-inkasso. Wer

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages, ganz oder auszugsweise, sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.

hinter einem bestimmten Schreiben einen Betrug vermutet, kann diesen bei der Polizei anzeigen. Mehr hierzu unter:
https://www.verbraucherzentrale-rlp.de/home ⇨ Suchen: vorsicht vor dubiosen geldeintreibern

07 Leserbrief

Hallo, ist schon sehr interessant wie und um welchen Betrag die Diäten erhöht werden.
In NRW im Jahre 2011 oder war das 2012 sollten die Diäten um 1000 € erhöht werden. Nach Protesten der Öffentlichkeit kamen aber dann doch 500 € dabei heraus.

Im Bund sollen die Diäten auch in 2 Stufen innerhalb von 6 Monaten um rd. 1000 € (2x500) erhöht werden.
Unter 1000 € machen die es nicht. Frei nach dem Motto: wir bekommen sowieso Ärger, ob wir die Bezüge um 10,69 € oder 1000 € erhöhen. Recht haben sie.

Mit welcher Frechheit und Arroganz werden die Bezüge im öff. Dienst, wenn überhaupt, um 2,25 % erhöht. Wenn sie es könnten, würden sie 16 Stellen hinterm Komma es ausrechnen.

Wenn ich daran denke, welche minimale Kürzungen für den einzelnen in der Vergangenheit vorgenommen wurden: Beihilfe wurde abgerundet nach unten (Cent wurden nicht mehr gezahlt), 25jähriges Jubiläum wurden 250 € nicht mehr gezahlt, für 40 Jahre nicht mehr die 400 €, das beste kommt zum Schluss: bei meiner Verabschiedung nach 45 Jahren öff. Dienst (den Landrat, meinen Dezernenten und auch den Personaldezernenten wollte ich nicht mehr sehen) kamen 150 Personen. Ich hatte niemanden eingeladen. Aber meine lieben Mitarbeiter hatten diese zusammengetrommelt. Sie hatten auch die Vorbereitungen etc. übernommen. Ich fragte mal höflich tel. beim Personalamt an, ob bei der Verabschiedung etwas zu erwarten sei. Antwort: ja, pro Person 1 € in Worten: ein Euro. Nach dem ich mich vom Fußboden wegen des Lachanfalles erhoben hatte, habe ich auf den Euro verzichtet.
Gruß Siegfried Steen

08 Eine Lesermeinung zu Diätenforderungen

Bundestagsabgeordnete wollen Diäten in Höhe von Bundesrichtergehältern. Das steht ihnen erst zu, wenn sie auch die Qualifikation von Bundesrichtern vorweisen können. Abgeordnete können Hinz und Kunz ohne Schulabschluss, ohne abgeschlossene Lehre, ohne Abitur, ohne abgeschlossenes Studium, ohne bestandenem 1. und 2. Staatsexamen oder entsprechenden Prüfungen werden, sie müssen nur geschickt schwätzen können; heute sagt man, sie müssen die Politik kommunizieren. Viele wurden noch nicht einmal von Bürgern gewählt, sondern sind über obskure Parteilisten in das Parlament geschoben worden. Den Gesetzen merkt man zu häufig an, dass zu viele der Abgeordneten eine minderwertige Qualifikation haben und nur ihre Klientel bedienen. Bundestagsabgeordnete sollten mit Diäten in Höhe von Polizisten- oder Schullehrergehältern zufrieden sein, selbst dies wäre für manchen Abgeordneten noch weit überbezahlt. Unsere Parlamentsabgeordneten sind viel zu viele und sie sind zu teuer.

09 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.
E-Mail: brh-aktuell@gmx.de
Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt

Hinweis des Herausgebers: Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sowie der Abdruck auch auf Homepages, ganz oder auszugsweise, sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Herausgebers zulässig.